
Friedrich-Engels-Allee 228, 42285 Wuppertal

Presseerklärung

Projekt „Hellwach gegen Rechtsextremismus“ mit mehr Personal

Polizei setzt auf intensivere Maßnahmen im Kampf gegen Nazi-Gewalt

Mit verstärktem Personaleinsatz und einem dreigliedrigen Konzept verschärft die Wuppertaler Polizei ihren Einsatz gegen die jüngsten Entwicklungen in der Nazi-Szene. „In den vergangenen Tagen kam es nun auch zu Angriffen gegen Ausländer, außerdem beobachten wir einen Zuzug von Nazis“, erklärte Wuppertals Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher. „Wir werden massiv eingreifen, um gefährliche Entwicklungen im Keim zu ersticken.“ Ihre Aktivitäten bündelt die Polizei im Projekt „Hellwach gegen Rechtsextremismus“. Es betrifft die gesamte Behörde. Entwickelt wurde es auf Initiative der Polizeipräsidentin von einer 20köpfigen Expertengruppe.

„Die Naziszene in Wuppertal muss immer und überall damit rechnen, auf Polizei zu treffen“, kündigte Birgitta Radermacher an. Die massive Präsenz im Aktionsfeld der Rechtsextremisten bildet die Grundlage der Polizeiarbeit. Ergänzt durch verdeckte Maßnahmen umfasst das Projekt „Hellwach gegen Rechtsextremismus“ drei Elemente: Strafverfolgung, Vorbeugung und polizei-interne Informationsarbeit.

Im Rahmen der Strafverfolgung wurde eine Sonderkommission „Rechts“ gegründet. Dazu wurde der Staatsschutz personell verstärkt. Die Kommission hat den Auftrag, jedem Verdacht einer von Nazis begangenen Straftat konsequent nachzugehen. „Dabei kommt uns die Ermittlungsarbeit der vergangenen Jahre zugute“, so Radermacher. „Wir kennen jeden der rund 40köpfigen Gruppierung. Das hilft unseren Fahndern bei der Identifizierung von Straftätern.“

In diesem Zusammenhang wird der Opferschutz intensiviert. Dazu gehört, dass die Polizei neben den Opfern verstärkt auch die Angehörigen berät und unterstützt.

„Mit großer Sorge sehe ich, dass Nazis inzwischen auch Kinder anwerben“, sagte Birgitta Radermacher. Daher ist die Vorbeugung das zweite große Aktionsfeld der Wuppertaler Polizei. Dabei setzt sie auf enge Zusammenarbeit mit der Stadt und auf die Aufklärung in den Schulen. „Es ist unendlich schwierig, jungen Menschen den Ausstieg aus der Szene zu ermöglichen“, erklärte die Wuppertaler Polizeipräsidentin. „Damit es gar nicht so weit kommt, hat die Vorbeugung einen sehr hohen Stellenwert.“

Flankiert wird das Maßnahmenpaket der Polizei durch einen umfassenden Informationsaustausch innerhalb der Behörde. „Wir wissen, dass die Nazis sich von

Rechtsanwälten beraten lassen, damit wir gegen ihre ausländerfeindlichen Parolen nicht vorgehen können“, sagte Radermacher. „Wir werden selbstverständlich alle rechtlichen Mittel gegen Nazis ausschöpfen, müssen aber gleichzeitig vermeiden, dass bei der Polizeiarbeit Fehler unterlaufen.“

Die Polizeipräsidentin betonte, dass ein hartes Stück Arbeit vor ihnen liege. Allein könne die Polizei es nicht schaffen, sondern dafür sei der enge Schulterschluss mit allen Wuppertaler Organisationen wichtig, die sich im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren. „Mit unserem Projekt setzen wir ein Zeichen, dass wir als Polizei in diesem Netzwerk ein verlässlicher Partner sind und die Menschen im Bergischen Städtedreieck uns vertrauen können“, sagte Polizeipräsidentin Radermacher.



Birgitta Radermacher